

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	21
Tabellenverzeichnis	23
Grafikenverzeichnis	25
Einleitung	27
1. Teil: Das Strafbefehlsverfahren	29
A. Der Ablauf des Strafbefehlsverfahrens im Überblick	30
I. Die amtsgerichtliche Zuständigkeit	30
II. Der Verfahrensablauf	31
B. Der Anwendungsbereich	39
I. Beschränkung auf Vergehen	39
II. Die Anwendungshäufigkeit bei einzelnen Delikten	41
III. Anwendungsbeschränkung in Sonderfällen	44
1. Verfahren gegen Abwesende	44
2. Verfahren gegen junge Beschuldigte	45
3. Sonstige Verfahrenskonstellationen	48
C. Die Ziele und Zwecke	49
I. Die staatlichen Interessen	49
II. Die Interessen des Beschuldigten	52
D. Die zulässigen Rechtsfolgen	53
I. Die Hauptstrafen	54
II. Die Nebenstrafe	60
III. Die Nebenfolgen	61
IV. Die Maßregel der Besserung und Sicherung	61
E. Die Rechtsbehelfe	62
I. Der Einspruch des Angeklagten	63

1. Die Voraussetzungen	64
a) Die Einspruchsberechtigung	64
b) Zuständigkeit und Form	65
c) Die Einspruchsfrist	66
d) Beschränkbarkeit des Einspruchs	67
e) Rücknahme des Einspruchs	68
2. Die Besonderheiten der auf den Einspruch folgenden Hauptverhandlung	69
a) Allgemeines	69
b) Verwerfung des Einspruchs wegen Unzulässigkeit durch das Gericht	70
c) Die Vertretung des Angeklagten	71
d) Verwerfung wegen Ausbleibens des Angeklagten	73
e) Die vereinfachte Beweisaufnahme	74
f) Kein Verbot der reformatio in peius	77
g) Zwischenergebnis	79
II. Die sofortige Beschwerde der Staatsanwaltschaft	79
III. Die Wiederaufnahme des Verfahrens	81
F. Die historische Entwicklung	82
I. Der Strafbefehl im Preußischen Recht	83
II. Die Entwicklung in der Reichsstrafprozessordnung	89
1. Die Bestrebungen nach Inkrafttreten der RStPO	92
2. Die Intentionen im ersten Weltkrieg	93
3. Der Strafbefehl in der Weimarer Republik (1918–1933)	95
4. Der Strafbefehl im Nationalsozialismus und Zweiten Weltkrieg	97
III. Die Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland	99
1. Die Entwicklung des Strafbefehls nach 1945	99
a) Das Zweite Gesetz zur Sicherung des Straßenverkehrs von 1964	100
b) Das Einführungsgesetz zum Gesetz über Ordnungswidrigkeiten von 1968	101
c) Das Einführungsgesetz zum Strafgesetzbuch von 1974	102
d) Das Strafverfahrensänderungsgesetz von 1979	104

2. Die Änderungen durch das Strafverfahrensänderungsgesetz von 1987	104
a) Das gesetzgeberische Ziel	104
b) Die Änderungen	105
3. Das Gesetz zur Entlastung der Rechtspflege von 1993	107
4. Das Verbrechensbekämpfungsgesetz von 1994	109
5. Die jüngere Diskussion	110
IV. Die Fehlentwicklung des Strafbefehlsverfahrens	112
1. Zusammenfassung der ursprünglichen Intention	112
2. Die aktuellen Beweggründe	114
3. Die Tragfähigkeit der wesentlichen Erwägungsgründe ...	115
4. Zwischenergebnis	119
2. Teil: Die strukturellen Schwächen	121
A. Eigene empirische Untersuchung	122
I. Die Befragung der Richter und Strafverteidiger	124
1. Erstellung und Durchführung der Befragung	124
a) Ziele und Konzeption der Fragebögen	124
b) Auswahl der Erhebungsmethode	126
c) Ablauf der Befragung und Auswertung	127
d) Aussagekraft der Studie	127
2. Ergebnisse der Befragung der Strafverteidiger	128
a) Fragen zur Einspruchsfrist	128
b) Fragen zum Verständnis des Mandanten	130
c) Fragen zur Anhörung	133
d) Fragen zur Richtigkeit des Strafbefehls	133
e) Fragen zu den Empfängern	134
f) Fragen zum Einspruchsverhalten	136
g) Fragen zu Absprachen	140
h) Fragen zu beschleunigten Verfahren gegen Wirtschaftskriminelle	142
i) Fragen zu den Beweisanträgen in der Hauptverhandlung nach Einspruch	143

j) Fragen zu Freiheitsstrafen	144
k) Fragen zu Strafbefehlen nach § 408a StPO	145
l) Fragen zu sonstigen Folgen für den Empfänger	147
m) Fragen zu bestimmten Einschätzungen	147
n) Weitere Anmerkungen	149
3. Ergebnisse der Befragung am Amtsgericht Tiergarten ...	153
a) Fragen zur Prüfung	153
b) Fragen zu Einsprüchen	157
c) Fragen zur Hauptverhandlung nach Einspruch	159
d) Fragen zu den Empfängern	162
e) Fragen zu beschleunigten Verfahren gegen Wirtschaftskriminelle	163
f) Fragen zu Absprachen	164
g) Fragen zur Übersetzung	165
h) Fragen zu Strafbefehlen nach § 408a StPO	166
i) Fragen zu bestimmten Einschätzungen	167
j) Weitere Anmerkungen	168
4. Bewertung der Befragung	171
II. Die Experteninterviews mit Staatsanwälten	171
1. Erstellung und Durchführung der Interviews	171
a) Ziele und Konzeption des Leitfadens	171
b) Auswahl der Erhebungsmethode	172
c) Ablauf der Interviews und Auswertung	173
d) Die befragten Staatsanwälte	174
e) Aussagekraft der Untersuchung	174
2. Ergebnisse der Experteninterviews	175
a) Einleitende Fragen und Fragen zum Ermittlungsverfahren	175
b) Fragen zur Übersetzung	179
c) Fragen zur staatsanwaltlichen Entscheidung	180
d) Fragen zur abweichenden gerichtlichen Auffassung	185
e) Fragen zu Einsprüchen und fehlerhaften Strafbefehlen	187

f) Fragen zur Hauptverhandlung	190
g) Fragen zu Absprachen und beschleunigten Verfahren gegen Wirtschaftskriminelle	192
h) Fragen zu Verteidigung und weiteren Nachteilen für den Beschuldigten	201
i) Fragen zu Änderungsvorschlägen und ergänzende Ausführungen	202
j) Weitere Gesprächspunkte	207
3. Zusammenfassung	212
III. Datenerhebung anhand des Beratungsprojekts	214
IV. Fazit	218
B. Der Strafbefehl in der Praxis	218
I. Die Erledigungsstatistiken der Staatsanwaltschaft	219
1. Die Art der erledigten Ermittlungsverfahren, Tabelle 1, Grafik 1, Grafik 2	219
a) Erledigungsquoten	219
b) Strafbefehlsanträge und Arbeitsbelastung	220
c) Verhältnis zu den Einstellungen	220
d) Verhältnis zu anderen beschleunigten Verfahren	222
e) Zusammenhang vereinfachter Verfahrensformen mit der Höhe der Geld- und Freiheitsstrafen, Tabellen 11, 12	223
2. Die Erledigungsart nach ausgewählten Sachgebieten, Tabelle 2, Grafik 3, 4	225
a) Erledigungsquoten	225
b) Strafbefehlsverfahren und Deliktsbereiche	225
c) Verhältnis zu den Opportunitätseinstellungen	228
d) Freiheitsstrafen	229
e) Verurteilungen bei Straßenverkehrsdelikten durch Strafbefehl/Urteil zu Freiheitsstrafen in Baden-Württemberg 2019, Tabelle 3	231
II. Die Erledigungsstatistiken der Gerichte	232
1. Die Erledigung nach ausgewählten Sachgebieten, Tabelle 4, Grafik 5	232

2. Die Art der erledigten Strafverfahren, Tabelle 5, Grafik 6	232
a) Erlass von Strafbefehlen	233
b) Strafbefehlsanträge und Einsprüche, Tabelle 5, Grafik 7	237
c) Einsprüche und Einspruchs- sowie Klagerücknahmen, Tabelle 5, Grafik 8	238
d) Strafbefehlsanträge und rechtskräftige Strafbefehle, Grafik 9	240
e) Verhältnis zu den Opportunitätseinstellungen	243
3. Verhältnis der Geld- und Freiheitsstrafen jeweils durch Strafbefehl und Urteil in Baden-Württemberg, Tabelle 6, Grafik 10, 11	244
4. Verurteilte nach Zahl und Höhe der Geldstrafe, Tabelle 7, Grafik 12	244
5. Anteil der Strafbefehle ohne Einspruch, Baden- Württemberg, Tabelle 8, Grafik 13	245
6. Verurteilte nach Dauer der Freiheitsstrafe, Tabelle 9	245
7. Verurteilte nach Dauer der Freiheitsstrafe im Wirtschaftsstrafrecht, Tabelle 10, Grafik 14	246
8. Bestand der Gefangenen und Verwahrten: Ersatzfreiheitsstrafen, Grafik 15	247
III. Zusammenfassung	247
IV. Tabellen	250
Erledigungsstatistiken der Staatsanwaltschaft	250
Erledigungsstatistiken der Amtsgerichte	256
Rechtspflege Strafverfolgung	261
C. Die Risiken des Strafbefehlsverfahrens	269
I. Voraussetzungen für den Strafbefehlserlass	270
1. Genügt hinreichender Tatverdacht oder ist eine Überzeugung nötig?	270
a) Bedeutung der Streitfrage	270
b) Erfordernis einer Überzeugungsbildung	272
c) Das praktische Ausreichen eines hinreichenden Tatverdachts	273

d) Stellungnahme	276
e) Zwischenergebnis	283
2. Fehlender Kontakt zum Beschuldigten	283
3. Einräumung rechtlichen Gehörs	287
a) Anhörung durch schriftliche Stellungnahme vor dem Richter	293
b) Vorherige mündliche Anhörung durch den Richter	294
c) Anhörung durch die Staatsanwaltschaft vor Strafbefehlsantrag	296
d) Zwischenergebnis	299
4. Fehlende Begründungspflicht	299
5. Keine Einleitung des Strafbefehlsverfahrens auf Antrag des Beschuldigten	301
6. Stärkung richterlicher Kompetenzen	304
a) Richterliche Einleitung des Strafbefehlsverfahrens	304
b) Stellungnahme	306
II. Fehlentscheidungen begünstigende Handhabung des Verfahrens durch Richter und Staatsanwaltschaft	308
1. Durch den Richter	309
a) Die Gefahr einer mangelhaften Prüfung	309
b) Inkaufnahme von Divergenzen zwischen Antrag und eigener Auffassung	317
aa) Prinzip der Übereinstimmung zwischen Richter und Staatsanwaltschaft	318
(1) Richterliche Festsetzung einer abweichenden Rechtsfolge	318
(2) Strafhöhenbestimmung allein durch das Gericht	322
bb) Zwischenergebnis	325
c) Voreingenommenheit	325
d) Zwischenergebnis	329
2. Durch die Staatsanwaltschaft	330
a) Missbrauchspotential durch die Staatsanwaltschaft ...	330
b) Keine Pflicht der Staatsanwaltschaft zur Einleitung des Strafbefehlsverfahrens	335

c) Beantragung einer zu geringen Strafhöhe	336
d) Absprachen bezüglich einer zu geringen Strafhöhe ...	338
e) Fehlerhafte, insbesondere zu hohe Schätzung der Tagessatzhöhe	340
f) Unzureichend und fehlerhaft ermittelte Sachverhalte	342
g) Nicht einfach gelagerte Sachverhalte	347
h) Regionalspezifische, nationalitäts-, sozialstatus- und weitere personenbezogene Tendenzen	350
i) Ungleichbehandlung	355
aa) Deliktsspezifische Erledigungsmuster	356
bb) Absprachen	360
j) Zusammenfassung	365
III. Anwendungsbereich und Rechtsfolge	367
1. Rechtsfolge Freiheitsstrafe	367
a) Grundsätzliche Zulässigkeit	367
aa) Gründe gegen die Freiheitsstrafe	369
bb) Die gesetzgeberische Entscheidung zugunsten der Freiheitsstrafe	374
cc) Die Pflichtverteidigerbestellung nach § 408b StPO	376
dd) Stellungnahme	378
b) Notwendigkeit einer vorherigen Anhörung im Falle einer Freiheitsstrafe	382
2. Erweiterung der Freiheitsstrafe	384
3. Ersatzfreiheitsstrafen	392
4. Rechtsfolge Geldstrafe	396
a) Begrenzung der Geldstrafe	396
b) Begrenzung der Ersatzfreiheitsstrafe	398
c) Stellungnahme	398
5. Weitere Begrenzungen der Rechtsfolge	402
6. Ausdehnung des Anwendungsbereichs	403
a) Wirtschaftsstrafsachen	403
b) Kompetenz des Landgerichtes	405

7. Rechtsfolgenkatalog	409
8. Zusammenfassung	410
IV. Rechtsbehelfe	411
1. Der Einspruch	412
a) Die Schwierigkeiten der Einspruchseinlegung	412
aa) Die Einspruchsfrist	412
(1) Fristbeginn	412
(2) Länge der Frist	413
(3) Folgen der Fristversäumnis	418
bb) Zustellung des Strafbefehls an den Angeklagten	420
(1) Die Zustellung im Allgemeinen	420
(2) Erstmalige Kenntniserlangung bei Zustellung des Strafbefehls	422
(3) Verspätete Kenntnisnahme bei Ersatzzustellungen	423
(4) Notwendigkeit einer persönlichen Zustellung	434
(5) Zusammenfassung	436
cc) Sprachhindernisse	436
(1) Verständnisschwierigkeiten beim Lesen des Strafbefehls	437
(2) Sprachschwierigkeiten bei Einlegung des Einspruchs	442
dd) Weitere Hindernisse	445
ee) Die Rechtsbehelfsbelehrung	450
(1) Enthaltene Hinweise	454
(2) Nicht enthaltene Hinweise	454
b) Die Bedeutung einer Verteidigung	458
c) Beschränkbarkeit des Einspruchs	460
d) Mangelhafte Effektivität des Einspruchs	463
e) Keine wirksame Kontrolle gegen Missbrauch	464
f) Zwischenergebnis	466

2. Weitere Rechtsmittel und außerordentliche Rechtsbehelfe	466
a) Ausschluss der Berufung	466
b) Wiederaufnahme	467
c) Sofortige Beschwerde gegen Kostenentscheidung	469
V. Die Hauptverhandlung	469
1. Das Risiko der Erhöhung der Strafe bei Einspruchseinlegung	470
2. Das Beweisantragsrecht in der Hauptverhandlung	474
a) Die Regelungen	474
b) Die Abschaffung des förmlichen Beweisantragsrechts	475
c) Verstoß gegen das Verbot der Beweisantizipation ..	479
d) Weitreichende Verlesungsmöglichkeiten	481
e) Erfordernis bestimmter Voraussetzungen des § 417 StPO	482
3. Vertretungsbefugnis	483
4. Möglichkeit der Klagerücknahme	486
5. Zusammenfassung	488
VI. Sonderfall des Strafbefehlserlasses nach Eröffnung des Hauptverfahrens	489
1. Die Regelung des § 408a StPO	490
2. Problem der praktischen Handhabung	496
a) Missachtung der tatbestandlichen Voraussetzungen	496
b) Absprachen	501
3. Bedingte Beschleunigungswirkung	504
4. Änderungsbedarf	506
5. Fazit	511
VII. Fehlende Präventionswirkung	514
VIII. Alternativentwurf abgekürzte Strafverfahren im Rechtsstaat (AE-ASR)	516
1. Die Ausgestaltung im Einzelnen	517

2. Die Unterschiede zum derzeitigen Strafbefehlsverfahren	522
3. Notwendigkeit eines neuen Verfahrens	530
IX. Rechtsvergleichendes	530
1. Der Strafbefehl in der Schweiz	531
2. Der Strafbefehl in Polen	540
a) Die derzeitige Rechtslage	540
b) Die Rechtslage bis 2003	550
3. Der Strafbefehl im französischen Recht	552
4. Fazit	561
D. Fehlentscheidungen bei Strafbefehlen	562
I. Erkenntnisse anhand von Wiederaufnahmeverfahren	563
1. Ergebnisse der Untersuchung	563
2. Hauptrisikofaktoren für Fehlentscheidungen	565
3. Reformüberlegungen	568
4. Zwischenergebnis	570
II. Fehleranfälligkeit des Migrationsstrafrechts	573
E. Zusammenfassung	576
3. Teil: Der Strafbefehl im Wirtschaftsstrafrecht	585
A. Strafverfolgung im Wirtschaftsstrafrecht	586
B. Der Strafbefehl im Wirtschaftsstrafrecht	593
I. Anwendungsbereich	594
II. Die besondere Interessenlage	595
III. Bevorzugung bestimmter Straftäter	596
IV. Die Bedeutung von Absprachen	600
1. Absprachen im Allgemeinen	600
a) Begrifflichkeiten	602
b) Die Verständigung nach § 257c StPO	603
c) Informelle Absprachen	606
2. Absprachen im Strafbefehlsverfahren	621
a) Praktische Bedeutung	621

b) Zulässigkeit von auf einen Strafbefehl zielenden Absprachen	624
c) Die Bedeutung einer Verteidigung	627
d) Die Risiken	628
e) Erörterungen	632
3. Absprachen speziell in Wirtschaftsstrafverfahren	634
a) Allgemein	634
b) Im Zusammenhang mit Strafbefehlen	645
aa) Privilegierung von Wirtschaftsstraftätern	647
bb) Zuverlässigkeit von Geständnissen	652
4. Zusammenfassung	653
C. Risiken für Fehlentscheidungen	659
I. Realisierung der allgemeinen Risiken des Strafbefehlsverfahrens	659
1. Im Zusammenhang mit der Entscheidungsgrundlage	659
2. Missbrauchspotential und Absprachen	662
3. Rechtsstaatliche Bedenken	664
4. Risikoverringerungen	665
5. Risiken in der Hauptverhandlung	666
II. Zwischenergebnis	666
D. Einstellungen aus Opportunitätsgründen	669
I. Opportunitätseinstellungen im Wirtschaftsstrafrecht	669
1. Absehen von der Verfolgung wegen Geringfügigkeit, § 153 StPO	673
a) Regelungsgehalt	673
b) Absprachen	675
2. Absehen von der Verfolgung unter Auflagen und Weisungen, § 153a StPO	675
a) Regelungsgehalt und Kritik	675
b) Die Bedeutung einer Verteidigung	683
c) Die Bedeutung eines Geständnisses	685
d) Absprachen	686

3. Teileinstellung bei mehreren Taten und Beschränkung der Verfolgung, §§ 154, 154a StPO	688
a) Regelungsgehalt	688
b) Absprachen	689
II. Verhältnis zum Strafbefehlsverfahren	689
1. Die Zahlen aus der Praxis	689
2. Stufenverhältnis der Anwendung	693
3. Verteidigung und Absprachen	695
4. Verteidigung in komplexen Wirtschaftsverfahren	697
5. Geständniswirkungen	698
6. Rechtskraftwirkungen	699
7. Zusammenfassung	700
E. Steuerstrafverfahren	703
I. Zuständigkeit und Anwendungsbereich	703
II. Vor- und Nachteile im Steuerstrafrecht	706
III. Einstellungsmöglichkeiten	709
IV. Statistik	710
V. Absprachen	711
VI. Zusammenfassung	715
F. Zusammenfassung	717
4. Teil: Reformvorschläge	723
A. Der Anwendungsbereich und die Rechtsfolgen	723
B. Das Ermittlungsverfahren	725
C. Prüfung des Antrags und Erlass des Strafbefehls	725
D. Das Einspruchsverfahren	731
E. Strafbefehle nach eröffnetem Hauptverfahren	734
F. Absprachen und vereinfachte Verfahrensarten	735
G. Die Rechtskraft	735
Anhang	737

I. Empirische Studie 737

 1. Fragebogen Strafverteidiger 737

 2. Fragebogen Gerichte 740

 3. Leitfaden/Interviewfragen Staatsanwälte 743

II. Unterlagen aus dem Beratungsprojekt 746

 1. Auswertung Beratungsprotokolle 746

 2. Erklärung zur Rechtsberatung 747

 3. Protokoll Rechtsberatung 748

 4. Einspruchsformular 749

III. Anhörungsbogen 750

IV. Französische Normen zum Strafbefehl 752

Literaturverzeichnis 759

Internetquellenverzeichnis 800

Verzeichnis weiterer Quellen 806

Unveröffentlichte Quellen 807